

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



FBP Mauren: Heinz Ritter und Franz Marxer

Einhelliger Tenor: Die FBP nimmt die Herausforderung der Zeit an

Die Ortsgruppe Mauren/Schaanwald der Fortschrittlichen Bürgerpartei wird dem Parteitag am Montag in Mauren die beiden Landtagskandidaten Heinz Ritter und Franz Marxer zur definitiven Nomination vorschlagen. Die zwei Kandidaten, die ihre Fähigkeiten als engagierte Volksvertreter schon während der letzten Mandatsperiode unter Beweis gestellt hatten, wurden an der gutbesuchten Versammlung vom Mittwochabend im «Freihof» einstimmig und unter grossem Applaus gewählt. Auch in Mauren kam deutlich zum Ausdruck: Die FBP nimmt die Herausforderung der Zeit an! Auch die VU müsse, so der Tenor an der Maurer Versammlung, nun endlich erkennen, wo die Grenzen des politischen Machtstandpunktes verlaufen, mit dem sie in den vergangenen Jahren wiederholt und zuletzt in der Staatsgerichtshof-Affäre aufgetreten ist. – Unser Bild zeigt den bewährten Obmann Gebhard Kieber (rechts), der den Landtagskandidaten Heinz Ritter und Franz Marxer zur einstimmigen Nomination herzlich gratuliert. (Den ausführlichen Bericht lesen Sie im Innern der heutigen Ausgabe.)



FBP Schaan: Martin Jehle und Georg Schierscher

Stolze Ortsgruppenversammlung deutlich für saubere Politik

Die besuchermässig überaus stolze Ortsgruppenversammlung nominierte am Mittwochabend im Resch einstimmig Vizevorsteher Martin Jehle und Gymnasiallehrer Georg Schierscher als Landtagskandidaten der Schaaner FBP! Die von engagierten Wortmeldungen und vom einmütigen Willen zur Geschlossenheit geprägte Versammlung sprach der Ortsgruppenleitung die Ermächtigung zu, festzulegen, wer weiters mit Martin Jehle und Georg Schierscher für den Landtag kandidieren wird. Anlässlich der Ausführungen zum politischen Geschehen und vor allem im Verlauf der regen Diskussion wurde von besorgten Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass das Volk gerade auch angesichts des untergrabenen Vertrauens in den Rechtsstaat Anspruch auf eine umfassende Information und eine volle Aufklärung hat. Unser Bild zeigt (v.l.n.r.): Obmann Norman Schreiber, die Landtagskandidaten Martin Jehle und Georg Schierscher sowie FBP-Parteipräsident Mane Vogt. (Einen ausführlichen Bericht über die Versammlung veröffentlichen wir im Innern dieser Ausgabe.)

Weniger neue Motorfahrzeuge

Im letzten Jahr wurden 2367 Motorfahrzeuge immatrikuliert

Die Zahl der Neuzulassungen bei der Motorfahrzeugkontrolle ist im letzten Jahr nicht mehr so hoch wie im Vorjahr ausgefallen. Nach der vom Amt für Volkswirtschaft herausgegebenen Motorfahrzeugstatistik wurden insgesamt 2367 (2527) neue Motorfahrzeuge immatrikuliert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 6,3 Prozent, nachdem 1987 noch eine Zunahme um 10,5 Prozent registriert worden war.

Von den 2367 (2527) Motorfahrzeugen entfallen 2210 (2313) auf Motorwagen, 146 (201) auf Motorräder und 11 (13) auf Kleinmotorräder. Sowohl die Zahl der Motorwagen insgesamt als auch die Zahl der Kleinmotorräder und der Motorräder ist im Vergleich zum Vorjahr weniger hoch. Ebenso hat die Zulassung landwirtschaftlicher Traktoren auf 22 (27) abgenommen, die landwirtschaftlichen Einachsler vermehrt sich auf 4 (3) Einheiten.

Deutlich weniger Personenwagen

Die Neuzulassungen von Personenwagen beläuft sich auf 2011 (2112) Autos. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 4,8 Prozent weniger Personenwagen neu zugelassen. Doch verfügen 1866 (1662) 92,6 Prozent der Personenwagen und Kleinbusse über Abgaswerte, die der US-Norm 83 entsprechen. Im Vorjahr waren es erst 78,6 Prozent gewesen. Die meisten Immatrikulationen waren in den drei Monaten April, Mai und Juni zu verzeichnen: 36,8 Prozent der Anmeldungen bei der Motorfahrzeugkontrolle entfallen auf diesen Zeitraum. Neben den Personenwagen wurden noch 4 (3) Kleinbusse, 3 (3) Autobusse, 37 (40) Lastwagen und 114 (111) Lieferwagen immatrikuliert. Hinzu kommen 16 (14) Sattelschlepper, 24 (29) Spezialwagen und 1 (1) gewerblicher Traktor.

VW und Opel an der Spitze

Seit einigen Jahren schon führen die beiden deutschen Automarken VW und Opel die Statistik der Neuzulassungen an. Im Jahre 1988 wurden insgesamt 292

(340) Volkswagen zugelassen, gefolgt von Opel mit 201 (226) Neuzulassungen. An dritter Stelle liegt, wie schon im Vorjahr, Toyota mit 175 (136) Neuwagen. BMW setzte 148 (130) Neuwagen in Verkehr, Subaru 121 (119), Ford 114 (132), Audi 106 (132) und Renault 105 (132). Die übrigen Fahrzeugmarken erzielten weniger als hundert Neuzulassungen.

Teuerungsschub im Januar

Bern (AP) Die Konsumentenpreise im schweizerisch-liechtensteinischen Handelsraum haben zu Jahresbeginn einen kräftigen Auftrieb um 0,5 Prozent erhalten. Damit kletterte die Jahresteuierung auf 2,2 Prozent. Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) vom Donnerstag waren höhere Autohaftpflichtversicherungen und teureres Heizöl wesentlich am Preisschub beteiligt. Trotz der Hypothekenzinserhöhung hält das Biga an der prognostizierten Jahresendteuerung von unter drei Prozent fest.

Der vom BFS berechnete Landesindex der Konsumentenpreise stieg innert Monatsfrist um 0,5 auf 113,4 Punkte (Dezember 1982=100). Erstmals seit dem vergangenen Juni wurde mit 2,2 Prozent Jahresteuierung die Zwei-Prozent-Marke wieder überschritten, nachdem im Dezember noch 1,9 Prozent und im Januar des Vorjahres 1,6 Prozent notiert wurden. Bei den Inlandgütern ergab sich innert Monatsfrist ein Preisanstieg um 0,5 Prozent, bei den Importwaren ein solcher um 0,8 Prozent. Inlandgüter verteuerten sich innert Jahresfrist deutlich um 2,5 Prozent, während Auslandsgüter um 1,6 Prozent aufschlugen.

Geprägt wurde die Monatssteigerung durch den Preisanstieg von 2,5 Prozent in der Gruppe Verkehr und von 4,1 Prozent für Heizung und Beleuchtung. Nahrungsmittel zogen um 0,4 Prozent an, die Preise für Körper- und Gesundheitspflege stiegen um 0,5 Prozent.

Die VU schaut nur rückwärts

Vergangenes ersetzt nicht die Perspektiven der Zukunft

(G.M.) – Die VU sieht sich gezwungen, den Wahlkampf im Rückwärtsgang zu betreiben. Nach vorne, in die Zukunft, fehlt der Blick, Perspektiven für die Zukunft sind nicht auszumachen. Bereits hat die VU begonnen, alle Geschehnisse der letzten Jahre als Leistungen der VU-Politik zu verkaufen. Doch wie steht es mit der Bewältigung der Fragen in der Zukunft?

Ein frappantes Beispiel liefert die Finanzpolitik für die Politik nach rückwärts. In grossen Lettern im Parteiorgan und in kleinen Broschüren, die an Bürgerinnen und Bürger verteilt werden, wird hervorgehoben, wie gut die VU-Finanzpolitik in den letzten Jahren war. Die Statistik über die Zunahme der Reserven sieht in der Tat gut aus, wenngleich dem kritischen Betrachter nicht entgangen sein dürfte, dass sich die Kurve der Zuwachsraten in den letzten fünf Jahren deutlich verflachte.

«Schnee ohne Kanonen»

Chur (AP) Das Bündnerland soll in Zukunft auch bei prekärer Schneelage mit «Schnee ohne Kanonen» auskommen. Wie die Bündner Staatskanzlei am Donnerstag mitteilte, ist die kantonale Volksinitiative «für ein Gesetz über die Bewilligung von Anlagen für die künstliche Beschneigung» bei 3000 erforderlichen mit 4.974 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Bei einem Ja dürften Skipisten grundsätzlich nur noch an exponierten Abschnitten oder an punktuellen Gefahrenstellen künstlich beschneit werden.

Die vom Verein Graubünden, der kantonalen SP und der Linken Alternative vorbereitete und Mitte Juni 1988 lancierte Initiative sieht nicht nur Barrieren für künftige Anlagen vor. Sie verlangt auch, dass bestehende Schneekanonen innerhalb von fünf Jahren an das neue Recht angepasst werden müssen. Dieses will eine grossflächige Beschneigung längerer zusammenhängender Pistenabschnitte oder ganzer Talabfahrten durch Schneeanlagen verbieten.

Nur die halbe Wahrheit

Die rückwärtsgerichtete Propaganda der VU enthält freilich nur einen Teil der Wahrheit. Der zweite Teil, enthalten im offiziellen Bericht der Regierung an den Landtag über die Finanzplanung der Jahre 1989 – 1993, lässt mit aller Deutlichkeit erkennen, dass die Zeit der Reservebildung der Vergangenheit angehört. Bis zum Ende des Planungszeitraumes wird unser Staatshaushalt eine ungedeckte Schuld aufweisen – sofern nicht einschneidende Massnahmen ergriffen werden. Die Finanzplanung der Regierung enthält keinerlei Aussagen, wie dem Abbau der Reserven begegnet werden könnte. Währenddessen aber versucht die VU vom Glanz der Vergangenheit zu leben. Perspektiven für die Zukunft sind keine in Sicht.

Ausrufen auf den Lorbeeren

Auch die Aussenpolitik, wie sie von der VU dargestellt wird, ist auf die Vergangenheit ausgerichtet. In der Rückschau wird Liechtenstein als Partner bei der KSZE und im Europarat, als Partner der zwei Nachbarstaaten Österreich und Schweiz dargestellt, Kontakte und Mitarbeit oder Zusammenarbeit als Leistungen ausgegeben. Wie wird jedoch die Aussenpolitik in der Zukunft gestaltet? Wie richtet sich die liechtensteinische Aussenpolitik auf die Integrationspolitik in Europa ein? Auf diese drängenden Fragen gibt die VU-Politik keine Antwort, sie werden eher verdrängt.

So soll es bleiben

Vor drei Jahren hat die VU den Wahlkampf mit dem Slogan «So soll es bleiben» geführt. Tatsächlich hat sich in dieser Zeit in vielen wichtigen Bereichen nichts oder nicht viel bewegt. Das Wahlmotto, das vor Augen führen sollte, dass der Wohlstand erhalten bleiben müsse, jedoch zu einer Erstarrung und Verkrustung führte, scheint zum Grundsatz erhoben worden. Damit sind auch die Perspektiven für die Zukunft ausgeblieben – die VU schaut rückwärts.

FBP-Parteitag

am 13. Februar 1989

im Gemeindesaal Mauren

- 19.15 Aperitif im Foyer des Gemeindesaales
- 20.00 Begrüssung der Parteifreunde durch den Parteipräsidenten Emanuel Vogt
Die wahren Gründe für die Auflösung des Landtages, Informationen aus erster Hand durch Josef Biedermann
FBP-Kandidatinnen und -Kandidaten, überzeugte Frauen und Männer präsentieren sich für die Wahl in den neuen Landtag
Nomination unserer Kandidatinnen und Kandidaten
Regierungschef-Kandidat Dr. Herbert Wille, eine Persönlichkeit stellt sich zur Nomination
- 21.15 Pause
- 21.30 Zeichen der Zeit erkennen, Grundwerte erhalten, Zeit zum Handeln für ein lebenswertes Liechtenstein, Regierungschef-Kandidat Dr. Herbert Wille
- 22.00 Schlusswort durch den Parteipräsidenten Emanuel Vogt
- 22.15 Abschluss mit Landeshymne

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Aeulestrasse 74
Telefon 075 / 2 81 88